



Der EU-Reformvertrag bedeutet:

- **Neoliberalismus bekommt Verfassungsrang!**
- **Freier Waren- und Geldverkehr auf Kosten der Lohnabhängigen!**
- **Privatisierung öffentlichen Eigentums!**
- **Umweltbelastung der Industrie muss die Allgemeinheit bezahlen!**
- **Uneingeschränkter Einsatz von Gentechnologie!**
- **Massive europaweite Aufrüstung des Militär!**
- **Überwachung & Kontrolle der BürgerInnen statt der Mächtigen!**
- **Abbau der Mittel für Allgemeinmedizin und Soziales!**
- **Reichtum für Wenige, Verarmung breiter Gesellschaftsschichten!**

Die **Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften** arbeitet **gemeinsam mit über 50 weiteren Organisation und vielen engagierter Menschen** in der Plattform „**Volxabstimmung**“, damit die BürgerInnen über diese einschneidenden Konsequenzen abstimmen können.

Kämpfen Sie mit uns für ein demokratisches und soziales Europa!

Aktionstag am Samstag, den 5. April 2008

13^{oo} Westbahnhof Demonstrationzug über die Mariahilferstraße

15^{oo} Parlament Menschenkette rund um das Parlament

Für ein gemeinsames & faires Europa für alle Menschen!

Für eine Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag!

Freitag, 11. April 2008 19:30 Amerlinghaus

Stiftgasse 8; 1070 Wien. Erreichbar mit den Linien **U3, 2A, 48A** und **49**

Recht auf Profit kontra **Recht auf Lohn**

Brutales Vorgehen intern. Konzerne gegen Gewerkschaft und Streikrecht. Diskussion anhand von Laval und das Skandalurteil des EuGH. (s. Innenseite) Erarbeiten sie mit uns gemeinsam Aktionen und Konzepte gegen ein Europa des Kapitals und der Konzerne, stattdessen für kämpferische Gewerkschaften.

Was bringt der

EU-Reformvertrag?

Freiheit für Großkonzerne!

Zerschlagung von Arbeitsrechten!

Europäischer Gerichtshof unterbindet Ausübung von Gewerkschaftsrechten
Die Europäische Union hat sich immer mehr zur Union der Großkonzerne und des Kapitals gewandelt. Bürgerliche und vor Allem Arbeitsrechte werden hingegen sukzessive dem Interesse von „freien Waren- und Kapitalverkehr“ geopfert!

Fette Gewinnsteigerungen für Großkonzerne auf der einen Seite!
Andererseits europaweit Verarmung breiter Massen!

Der EU-Reformvertrag soll dies verstärken und dauerhaft einzementieren!
Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, **was Neoliberalismus bedeutet:**

- Löhne und Gehälter werden europaweit nach unten nivelliert.
- Gewerkschaftlicher Protest wird erschwert oder sogar verboten.
- Demokratische Rechte werden absoluter Kontrolle geopfert. (s Innenseite)

Nachdem Frankreich und die Niederlande die EU-Verfassung 2005 in Volksabstimmungen abgelehnt haben, befürchten die Mächtigen auch diesmal eine Ablehnung durch EU-BürgerInnen. Daher wird es in ganz Europa – außer in Irland – über den unwesentlich abgeänderten Nachfolgevertrag voraussichtlich keine Volksabstimmung geben. Außer der politischen Rechten, die nur Nationalismen damit schüren möchte, gibt es keine Partei, die dagegen ankämpft.

Das ist undemokratisch! Deshalb kämpfen wir:

Für eine Volksabstimmung über den Reformvertrag!

Volxabstimmung
über den EU-Reform-Vertrag

13 Uhr Westbahnhof
Auffaktunggebung und gemeinsamer Zug zum Parlament



www.volxabstimmung.at
Plattform Volksabstimmung über den EU-Reform-Vertrag
Menschenkette: Westbahnhof, 13 Uhr, Westbahnhofstr. 11, 1001 Linz
Volxabstimmung

Plattform für
kämpferische & demokratische
Gewerkschaften

www.gewerkschaftsplattform.org
wastun@gewerkschaftsplattform.org
Tel: +43 650 / 408 23 85

Wir unterstützen die Plattform Volxabstimmung und rufen zur **Kundgebung am 5. April** auf!
Demo vom Westbahnhof um 13^{oo} hin zur Menschenkette vor den Parlament um 15^{oo}

EU-Großangriff auf Kollektivverträge und Streikrecht

Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs stellen einen Dammbbruch zur Aushebelung von Kollektivverträgen und Streikrecht dar!

Die lettische Baufirma Laval hatte Aufträge in Schweden bekommen, sich aber geweigert, dem schwedischen Tarifmodell beizutreten und nur **Löhne unter dem nationalen Kollektivvertrag** bezahlt. Die schwedischen Gewerkschaften reagierten mit Streik- und Blockadeaktionen auf diese Dumpinglohnpolitik. Daraufhin klagte Laval beim EuGH, weil es EU-Recht berührt sah. Ende 2007 entschied nun der EuGH zugunsten von Laval und gegen die Gewerkschaften, dass die **gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen gegen die "EU-Dienstleistungsfreiheit" verstoßen** haben, die Nichtbeachtung der Kollektivverträge durch das Unternehmen sei dagegen EU-rechtlich legitim gewesen. Wörtlich heißt es in der Presseaussendung des EuGH, dass "das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen eines Mitgliedstaats zur Durchführung kollektiver Maßnahmen... geeignet ist, für diese Unternehmen die Durchführung von Arbeiten im schwedischen Hoheitsgebiet weniger attraktiv zu machen, ja sogar zu erschweren, und daher eine Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs darstellt." (EuGH, PM Nr. 98/07)

Ein ähnliche Entscheidung traf der EuGH bereits Mitte 2007, als sich finnische GewerkschafterInnen gegen das Unterlaufen der Kollektivverträge durch die finnische Passagierfuhrunternehmen Viking Line, zur Wehr setzen.

Auch in diesem Fall entschied der EuGH, dass **gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen das Unterlaufen von Kollektivverträgen mit der EU-Dienstleistungsfreiheit unvereinbar** seien. Das stellt einen Dammbbruch dar, denn damit haben die EU-Höchstrichter klargestellt: In Hinkunft kann jedes Unternehmen einen Briefkastenstandort in einem EU-Billiglohnland eröffnen und damit EU-weit die Kollektivverträge unterlaufen. Gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen dagegen werden für unzulässig erklärt.

Diese Entwicklung wird durch den EU-Reformvertrag noch intensiviert!

**Gegen ein Europa der Konzerne und des Großkapitals!
Gegen eine weitere soziale Nivellierung nach unten!**

**Für Löhne, von denen man leben kann! Für 1.100 € Mindestlohn netto!
Für Arbeitslosengeld und Mindestpensionen, die sich danach richten!
Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!**

EU-Reformvertrag zementiert Neoliberalismus ein und treibt ihn weiter voran

Der EuGH trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage der EU-Verträge und der darauf beruhenden Richtlinien. Mit dem jetzt vorliegenden EU-Reformvertrag soll die **neoliberale Stoßrichtung** dieser EU-Verträge einzementiert und weiter vorangetrieben werden. Einzementiert wird der Neoliberalismus, indem aller **Mitgliedstaaten auf eine Wirtschaftspolitik der "offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" verpflichtet** werden (Art. 118, 120, 126, 127 VAE). Vorangetrieben wird der Neoliberalismus, indem die **nationalen Parlamente hinsichtlich internationalen Handelsverträge entmachtet** werden (Art. 207, VAE). Bisher waren solche Handelsverträge in den sensiblen Bereichen Gesundheit, Soziales und Bildung an die Zustimmung der Parlamente der Mitgliedstaaten gebunden. Das soll mit dem „EU-Reformvertrag“ entfallen, sodass sich die **Liberalisierungswut der EU-Kommission in Hinkunft ungehemmter durchsetzen** kann. Mit dem EU-Reformvertrag wird **globaler Freihandel** ("Abbau von Handelshemmnissen") in **Verfassungsrang** erhoben (Art. 206, VAE). Auch die Durchsetzung **flächendeckender Liberalisierungen der öffentlichen Dienste** wird in Hinkunft durch den EU-Reformvertrag erleichtert (Art. 14, VAE).

Kaum hatten sich die EU-Staatschefs auf den Vertragstext geeinigt, kündigte die EU-Kommission an, dass **in Hinkunft auch Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen unter den Hammer des EU-Wettbewerbsrechts** kommen sollen. Damit droht einer **neuer Privatisierungsschub!**

Dass nun sogar **Streikrecht und Kollektivverträge offen in Frage gestellt** werden, muss endgültig die Alarmglocken bei jedem/r Gewerkschafter/in läuten lassen. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften fordert die ÖGB-Führung auf, endlich aus der Untertanenhaltung gegenüber Gusenbauer, Leitl & Co auszubrechen und Opposition zum EU-Reformvertrag zu entwickeln, der den Neoliberalismus unumkehrbar machen will. **Alle GewerkschafterInnen in National- und Bundesrat sind aufgefordert, sich für einen Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag einzusetzen!**

An der Gewerkschaftsbasis rührt sich Widerstand dagegen, den EU-Reformvertrag ohne Volksabstimmung durchzupetschen. BetriebsrätInnen aus unterschiedlichen politischen Richtungen haben nun einen Aufruf gestartet, in dem die GewerkschafterInnen in National- und Bundesrat aufgefordert werden, sich **für einen Volksabstimmung** einzusetzen bzw. - wenn das nicht gelingt - **gegen den EU-Reformvertrag** zu stimmen.

(aus: Rundbrief 7-2008; Werkstatt für Frieden und Solidarität)

Bitte unterstützen Sie die Plattform Volxabstimmung!
<http://www.volxabstimmung.at>